Bürgerpreisverleihung 2022

Bürgermeister Meisenberg erinnert einige Ratsmitglieder an die Anmeldung/Abmeldung zur Verleihung.

Benehmensverfahren gem. § 55 Abs. 2 Kreisordnung des Landes NRW

Bürgermeister Meisenberg informiert den Rat über die erfolgte Stellungnahme der 13 Kommunen zum Benehmensverfahren. Der Haushaltsentwurf für die Jahre 2023/2024 wird seitens der Kommunen mit erheblichen Bedenken zur Kenntnis genommen. Er zitiert einige Eckdaten. Das Schreiben wird der Niederschrift beigelegt.

Antrag auf Einleitung eines neuen Bürgerbegehrens

Bürgermeister Meisenberg unterrichtet den Rat über den Eingang eines neuen Antrages eines Bürgerbegehrens betreffend Umgestaltung des Heier Platzes.

Diesen Antrag hat er am 13.10., nach dem Workshop zur Parkraumbewirtschaftung mit Unterzeichnung von Thomas Rosenthal, Peter Weber-Heck und Dirk Gehrmann erhalten. Die Antragstellung habe ihn sehr überrascht, zumal der Workshop konstruktiv und positiv, auch bei Skeptikern, verlaufen war.

Die Verwaltung habe nun zunächst den Prüfauftrag und muss den Antragstellern Heilungsmöglichkeiten bei fehlerhafter Antragstellung einräumen.

RM Zander-Wörner bittet um Auflistung und Veröffentlichung der dadurch verursachten Kosten für die Gemeinde.

Bürgermeister Meisenberg spricht den Leserbrief von Herrn Schöttler an.

Die Geschäftsmänner Krüger und Klein haben ihm gegenüber geäußert, dass sie das neue Bürgerbegehren nicht unterstützen bzw. nicht hinter diesem Antrag stehen.

RM Abstoß erklärt für die UWG-Fraktion, dass auch seine Fraktion 4 Parkplätze auf dem Heier Platz als zu wenig erachten, werten aber den Antrag auf ein neues Bürgerbegehren für vollkommen überzogen.

RM Fuchs berichtet von einigen Highlights des konstruktiven und guten Workshops sowie von vielen positiven Kompromisslösungen. Auch RM Maurer war begeistert, dass einige Hauptskeptiker am Ende des Workshops positiver gestimmt waren. Viele Bedenken und Fragen seien durch Dr. Weiser an diesem Abend geklärt worden.

RM Hillrichs spricht § 26 GO NRW an. Dort heißt es: „...Richtet sich ein Bürgerbegehren gegen einen Beschluss des Rates, muss es innerhalb von sechs Wochen nach der Bekanntmachung des Beschlusses eingereicht sein....“

Bürgermeister Meisenberg führt hierzu direkt aus, dass im vorliegenden Fall der nächste Satz im Gesetz zugrunde gelegt werden müsse: „...Gegen einen Beschluss, der nicht der Bekanntmachung bedarf, beträgt die Frist drei Monate nach dem Sitzungstag....“, somit sei die Frist der Antragstellung gewahrt.

RM Schiefer erkundigt sich nach den Auswirkungen des neuen Bürgerbegehrens für die Umgestaltungspläne.

Bürgermeister Meisenberg erläutert, dass die Verfahren der Förderanträge zunächst normal weiterlaufen würden.

RM Göldner und Hillrichs bitten, darauf zu achten, dass bei der weiteren Planung der Antrag der CDU-Fraktion aus der Ratssitzung am 30.08.2022 nicht außer Acht gelassen werden darf.

Dort wurde die Beschlussfassung um den Punkt 2 wie folgt ergänzt „Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob an der Leppestraße förderunschädlich zu den 4 geplanten Parkplätzen, zusätzliche Parkplätze eingerichtet werden können“.

Bürgermeister Meisenberg versichert, dass der Beschluss weiterhin beachtet werde, man auch schon Lösungsansätze für eine evtl. Reaktivierung von Parkplätzen im Bereich „Zum Marktplatz“ ins Auge gefasst habe.